09/2020

Liebe Freunde,

die nächste Bundestagswahl rückt näher und in kaum mehr als einem Jahr werden wir den neuen Bundestag wählen. Doch vor jeden Erfolg wurde bekanntermaßen der Schweiß gesetzt. Wir haben als Partei die schwere Aufgabe unsere Kandidaten zu bestimmen, die wir zur kommenden Bundestagswahl für Thüringen nach Berlin entsenden wollen. Der Listenparteitag wirft also seine Schatten voraus und überträgt damit große Verantwortung auf die Mitglieder.
Warum ist dieser Listenparteitag so wichtig? - Jedes Mitglied hat nicht nur das Recht, sondern im Grunde auch die Pflicht an dieser wichtigen Wahlversammlung teilzunehmen.
Ihr wisst genau wie ich, in welch erbärmlichen Zustand sich unser geliebtes deutsches Vaterland befindet. Das war unser aller Grund, weshalb wir die AfD gründeten beziehungsweise uns ihr anschlossen.

Ihr wisst genau wie ich, welchen Angriffen unsere Mitglieder und Mandatsträger schon seit Jahren durch Antifa, Gewerkschaften, Kirchen, NGOs, Altparteien und Medien ausgesetzt sind. Wir werden angegriffen, weil wir die Missstände anprangern und mit dem Finger auf diejenigen zeigen, die genau dafür verantwortlich sind.
Ihr wisst aber auch genau wie ich, in welch unruhigem Fahrwasser unsere Partei sich momentan befindet. Ohne Not haben sich Teile des Bundesvorstandes Spaltungsphantasien hingegeben und versuchen gerade durch Säuberungsaktionen die Partei nach ihrem Gusto umzubauen.
Wer mich kennt und meine Arbeit verfolgt, der weiß ganz genau, dass ich mich immer gegen jegliche Spaltungstendenzen gestellt und für eine Beibehaltung grundsätzlicher Politik innerhalb unserer AfD eingesetzt habe. Dieser Weg ist erfolgreich und deshalb sollten wir Ostlandesverbände nicht den Fehler machen und die erfolglosen Westlandesverbände kopieren.

Das werde ich auch weiterhin gerne tun: Eine starke vernehmbare Stimme des Ostens sein und mich für eine sozialpatriotische Ausrichtung der AfD einsetzen, die den ethischen Anspruch hat, unsere Alten, die unser Land aufgebaut und denen wir unseren Wohlstand verdanken, auch im Alter gebührend wertzuschätzen. Von diesem Weg lasse ich mich auch nicht von zersetzenden Angriffen aus den eigenen Reihen abbringen, die Lügen über gestandene Patrioten der ersten Stunde verbreiten.

Sozial, ohne rot zu werden!

Die augenblickliche Lage ist prekär und wir sind Angriffen von außen wie - leider auch - von innen gleichermaßen ausgesetzt. Wir brauchen starke Kandidaten mit Rückgrat, die sich nicht zu schade sind ihre Stimme und wenn es nötig ist, auch ihren ganzen Körper für unsere Sache einzusetzen. Das allerletzte was dieses Land und unsere Partei brauchen, sind eine verwässerte und angepasste Partei nach dem Geschmack des Systems. Umso wichtiger ist die Bedeutung der Auslese und Wahl unserer Kandidaten für Berlin. Deshalb werde ich mich auf dem kommenden Listenparteitag erneut zur Wahl stellen und für den kommenden Bundestag kandidieren.

Euer *Jürgen Pohl*

IN DIESER AUSGABE:

- Gastbeitrag von Stephan Brandner, Seite 2
- Ralf Köhler Gedanken Mauerbau, Seite 3

AUF DIE STRASSE! FÜR GRUNDRECHTE UND FREIHEIT!

Die Deutschen erlebten in den letzten Monaten die tiefsten Einschnitte in ihre Grundrechte seit Bestehen der Bundesrepublik. Bundesregierung und Landesregierungen hatten den Anschein erweckt, bei Grundrechten handele es sich vielleicht um Abwehrrechte gegenüber dem Staat, auf jeden Fall aber nur um solche, die zum Tragen kommen, wenn politisch und gesellschaftlich schönes Wetter herrsche. Diese Auffassung ist aber grundlegend falsch, denn gerade in Situationen, in denen der Staat sich selbst ermächtigt, das zu tun, was ein Staat prinzipiell gerne tut oder tun würde, nämlich spitzeln, beschränken, verbieten, Daten sammeln, Auflagen erteilen, sind unsere Grundrechte unentbehrlich!
Wir zählen 17 (!) Grundrechtsartikel im Grundgesetz, die durch die Verordnungen der Länder und Kommunen beschnitten oder gänzlich zu Grunde gerichtet wurden und werden. Vorne angefangen, findet sich, nach der Menschenwürde, das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das schon ganz allgemein davon beschränkt wird, wenn es die Pflicht zum Tragen etwa von Masken oder Besuchsverbote in Pflegeheimen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen gibt. Auch ein Eingriff in das Recht auf Leben und in das der körperlichen Unversehrtheit kommt in Frage, wenn Kontaktbeschränkungen zu erhöhten Suizidraten oder auftretenden Depressionen führen oder durch das Tragen der sogenannten Mund-Nase-Bedeckung gesundheitliche Probleme auftauchen oder verstärkt werden.

Wir treffen weiter auf massive Einschränkungen im Bereich der Religionsausübungs- und der Versammlungsfreiheit (Art. 4 Abs. 2 und 8 GG), die durch die Verordnungen der Länder im Frühjahr vollständig – und unter klarem Verstoß gegen Art. 19 Abs. 2 GG, wonach keinesfalls ein Grundrecht in seinem „Wesensgehalt angetastet werden darf" – beseitigt wurden. Die viel zu langsamen Lockerungen hinsichtlich der Versammlungsfreiheit waren völlig inakzeptabel: Demonstranten und Gaststättenbesucher sollen ihre Kontaktdaten hinterlassen, wurden in eingezäunten Bereichen wie Zootiere ausgestellt – wie absurd!

Heute sehen wir – Gott sei Dank – dass sich die Menschen derartige Drangsalierungen nicht mehr gefallen lassen: am Tag der Freiheit am 1.8.2020 in Berlin wehte der Wind von 1989 durch die Hauptstadt: unzählige Menschen aus allen politischen Lagern demonstrierten friedlich für Grundrechte und Freiheit und setzten damit ein wichtiges Zeichen: Wir lassen uns von den Altparteien nicht weiter zum Spielball machen und stehen mit beiden Beinen auf dem Grundgesetz! Das ist auch meine Meinung: Wir dürfen nicht nachgeben, sondern müssen von Veranstaltung zu Veranstaltung weiter und sogar mehr Druck ausüben! Es darf nicht sein, dass das Anliegen der vielen Tausenden Demonstranten verebbt und der Druck, der ohne Zweifel vorhanden ist, verebbt. Also, geben wir nicht nach! Gehen wir auf die Straße und kämpfen wir für unsere und die Freiheit unsere Kinder und unser Grundgesetz!

Stephan Brandner

MAUERBAU UND INNERDEUTSCHE GRENZE EINE MENSCHLICHE TRAGÖDIE

AfD gedachte derer die in die Freiheit wollten und dies mit dem Leben bezahlten.

Einige Mitglieder des AfD- KSW, voran der ehemalige Landtagskandidat und Kreistagsmit-glied des Kyffhäuserkreises, Ralf Köhler, legten an der ehemaligen innerdeutschen Grenze einen Blumenstrauß nieder und gedachten der Opfer der SED-Diktatur.

Köhler verwies und betonte in seiner Rede an der ehemaligen Grenze, dass ein Land, ein Volk und ein gemeinsamer Glaube nie wieder geteilt werden darf und lobte den Mut derer die sich dem SED-Regime entgegenstellten und dies mit ihren Leben bezahlen mussten.

Es beschlossen immer mehr Menschen Ende der 50er-Jahre die DDR zu verlassen. Während in der Anfangszeit vor allem Menschen in den Westen gehen, die in politischer Opposition stan-den, als Unternehmer oder Großgrundbesitzer enteignet wurden oder als Bauern nicht mit der Kollektivierung der Landwirtschaft einverstanden waren, kehren jetzt auch viele Arbeiter der DDR den Rücken zu.

Der Gesinnungsterror der SED zwang viele Menschen dazu ihre Heimat zu verlassen, so Ralf Köhler.

Meinungen, die anders waren als die des SED-Regimes wurden durch Verdrängung, Verteu-felung und Einschüchterung zum Schweigen gebracht. Wer durch das SED-Regime als nicht linientreu ausgemacht wurde, dem nutzte kein Verweis auf den angeblichen Rechtsstaat, denn seine Rechte waren theoretischer Natur.

Der Todeszaun, der Deutschland teilte, wurde mit mörderischen Selbstschussanlagen instal-liert und etwa 1,3 Millionen Landminen wurden verlegt.

Ab 1971 wurden auf einer Länge von 450 km 71.000 Splitterminen SM-70 an dem vorderen Metallgitter - Grenzzaun platziert, so Köhler.

Wie menschenverachtend muss ein Regime sein, dass solche Grenzbefestigungen bauen lies um Freiheit liebende Menschen an der Flucht zu hindern. Diese Menschen wurden auf grau-enhafte Weise getötet. Für die Zahl der Opfer gibt es unterschiedliche Zahlen, sagte Ralf Köhler.

Am Schluss seiner Rede sprach sich Köhler für mehr Vertrauen in der Politik aus. Ich will die Menschen unterstützen, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzen. Ich will bewährte Strukturen nachhaltig stärken. Ich bleibe im Gespräch mit den Aktiven vor Ort. Ich will ihnen zuhören und ihr Können nutzen.
Wir werden der Opfer des SED-Regime stets gedenken und werden stets wachsam sein, dass so etwas nie wieder passiert.

Die Vergangenheit mahnt uns in der Gegenwart und für die Zukunft.

STECKBRIEF RALF KÖHLER

- 57 Jahre, Diplomforstwirt, Jäger
- Experte für Forstwirtschaft und Naturschutz
- stellv. Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag des Kyffhäuserkreises

MARKTTOUR 2020 ERFOLGREICH BEENDET

Arnstadt, Gotha, Nordhausen, Mühlhausen, Heiligenstadt, Leinefelde, Bad Langensalza und Artern

Die Sommerpause im Bundestag ist zu Ende und mit ihr endete auch unsere erfolgreiche Markttour, die meine Kollegen Stephan Brandner, Marcus Bühl, Dr. Anton Friesen, Dr. Robby Schlund sowie die Kollegen Lars Schütze, Birger Gröning und Jens Cotta aus der Landtagsfraktion, mit mir durchgeführt haben. Zusammen mit dem Bürgermobil der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag haben wir zahlreiche Infostände auf den Marktplätzen Thüringens absolviert, standen interessierten Bürgern Rede und Antwort und informierten über unsere Arbeit im Deutschen Bundestag.

Viele Bürger mahnten uns zur Einigkeit und zeigen damit mehr politische Vernunft als so mancher Funktionär. Die Markttour hat uns aufgezeigt, dass die Probleme auf der Straße liegen und das niemandem außer den Regierungen damit geholfen ist, wenn wir uns uneinig sind.

Auch in den kommenden Tagen und Wochen werde ich in Thüringen und meinem Wahlkreis - im Eichsfeld, Kyffhäuserkreis und in Nordhausen - unterwegs sein, Infostände und Veranstaltungen durchführen, von meiner Arbeit im Bundestag und meinem aktuellen Themenschwerpunkt, der Pflege, berichten. Bitte lesen Sie dazu auch den Artikel auf Seite 4 dieser Zeitung.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die zum erfolgreichen Gelingen der Markttour beigetragen haben und ganz besonders bei den zahlreichen Besuchern an den Infoständen, für ihren Mut an unserem Infostand Gesicht zu zeigen.

PLÄDOYER FÜR EINEN NEUSTART IN DER PFLEGE!

Zu den Grundlagen einer alternativen Pflegepolitik.
In Krisenzeiten richtet sich der Blick auf das Wesentliche. Dabei bietet sich die Chance zu fragen, was unsere Gesellschaft zusammenhält und wo Probleme und Handlungsbedarfe bestehen. Für eine alternde Gesellschaft wie Deutschland ist ein funktionierendes Pflegesystem lebenswichtig. Wie aber ist es gegenwärtig um die Pflege in Deutschland bestellt und welche Werte tragen ein gutes Pflegesystem?

Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekennt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Der umfassende Geltungsanspruch von Achtung und Schutz der besonderen Würdeposition eines jeden Menschen schließt alte und pflegebedürftige Menschen uneingeschränkt ein. Gerade die Alten, denen wir den heutigen Wohlstand unserer Gesellschaft verdanken, verdienen Respekt und Wertschätzung! Die Sorge um die Würde und die persönliche Integrität der alten Menschen mit Unterstützungsbedarf ist und bleibt eine politische Gestaltungsaufgabe von hoher Aktualität und Sensibilität. Qualitativ hochwertige, bezahlbare Pflege und das Altern in Würde ist mir ein Herzensanliegen. Der alltägliche Pflegenotstand in Deutschland, d.h. der Mangel an Pflegepersonal und Pflegezeit, bedroht allerdings leider allzu oft das Wohlergehen der Pflegebedürftigen und damit deren Würde.

Das Pflegesystem in Deutschland ist aufgrund einer Dauerüberforderung am Limit. Hieraus resultieren erhebliche Nachteile sowohl für die Pflegebedürftigen als auch die Pflegenden. Ein Neustart in der Altenpflege ist dringend notwendig. Hierbei gilt: Die Pflege ist wesentlicher Bestanteil der kritischen Infrastruktur unseres Landes (analog: Polizei, Richter, Feuerwehr oder Lebensmittellogistik etc.) und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch deswegen sollten alle ihren Beitrag zur Finanzierung der Zukunftsaufgabe Pflege leisten. Das Ziel aller Reformanstrengungen ist die Herausbildung einer humanen, zeitgemäßen und krisenfesten Pflegelandschaft im Kontext einer alternden Gesellschaft (demografischer Wandel).
Pflege in Deutschland findet hauptsächlich in der Familie statt. Pflegende Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Wir möchten die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige, die in einer vertrauten familiären Umgebung leben wollen, stärken und die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege ihrer Eltern entscheiden können. Dazu muss in der Altenpflege bei der Ressourcenverteilung ein Paradigmenwechsel stattfinden, der der Pflege im häuslichen Umfeld den Vorrang einräumt.

Eine staatlich umfangreich geförderte Pflege in der Familie bietet eine sozial und ökonomisch attraktive Alternative zum Altenheim. Ebenso gilt: Die ambulanten Pflegedienste müssen bei steigender Nachfrage in die Lage versetzt werden, ausreichend bezahlbares Pflegepersonal für die individuelle Haus-Betreuung bereitstellen zu können. Pflegende Angehörige sind durch insgesamt bessere Rahmenbedingungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf zu entlasten. Insbesondere Frauen, die oft die Pflege von Familienmitgliedern leisten, müssen besser als bislang vor den mit Sorgearbeit verbundenen Einkommenseinbußen und der steigenden Gefahr von Altersarmut geschützt werden. Das heißt, Pflegearbeit muss endlich eine angemessene rentenrechtliche Berücksichtigung erfahren.

Der Pflegenotstand in Deutschland ist der breiten Öffentlichkeit seit vielen Jahren bekannt, doch die Altparteien haben die Probleme ignoriert und andere Großprojekte wie Migration, EU-Staatenrettung und die unsägliche Energiewende befördert. Gegenwärtig erarbeite ich ein Pflegekonzept mit welchem ich einen Beitrag zur Programmfindung der AfD leisten möchte. Nur wenn wir als Volkspartei Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit formulieren, bleiben wir auch in der Sozialpolitik eine echte Alternative! Kurzum: Wir wollen die häusliche Pflege als tragende Säule des Pflegesystems deutlich aufwerten. Zu diesem Zweck fordern wir eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der familiären Pflegearbeit als einem wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl. Unsere Alten haben es verdient.

---

*Alle Termine und Aktualisierungen findet Ihr auf meiner Facebookseite **fb.me/juergen.pohl.afd** oder Homepage **www.pohlposition-afd.de***

facebook.com/juergen.pohl.afd

www.pohlposition-afd.de

V.i.s.d.P.: MdB Jürgen Pohl, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, eMail: juergen.pohl@bundestag.de